Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag- 15 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittler entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 203. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Mittwoch, den 31. August 1927**

Steuervereinheitlichung und Steueramnestie.

Von sachverständiger, über die Bestrebungen an maßgebender Stelle unterrichteter Seite wird zu den schwebenden Verbesserungsplänen, namentlich auch über den laut gewordenen Wunsch auf eine allgemeine Amnestie für steuerliche Verfehlungen, geschrieben:

Eine der ersten Äußerungen des jetzigen Reichsfinanzministers Dr. Köhler war seine Ankündigung während der Etatsdebatte im Reichstage, daß er eine vollständige Vereinheitlichung des ganzen Steuerwesens durchführen wolle. Er dürfte damit dem Wunsche wohl aller entsprochen haben, die die Unhaltbarkeit unseres jetzigen Steuereinziehungs- und Verwaltungswesens am eigenen Leibe kennengelernt haben. Der Minister selbst wies ja darauf hin, daß alle Finanzämter infolge der Arbeit am Zusammenbrechen seien. Deren Überlastung zeigt am besten die lange Zeit, die nötig ist, ehe man einen Bescheid bekommt. Als man die gesamte Steuereinziehung dem Reiche übertrug, da wollte man damit eine Vereinfachung erzielen. Die Verhältnisse waren aber schließlich stärker und anstatt Einfachheit entstand der große Wirrwarr, den wir jetzt vor Augen haben, dessen Ursachen einmal in der überstandenen Inflation lagen und dann in dem Zwange, immer neue Steuerquellen schaffen zu müssen. Das führte zu dem schnellen Anordnen neuer und dem Abändern vorhandener Steuern. So war es denn kein Wunder, daß sich bald kein Mensch mehr zurechtfand.

Inzwischen ist nun dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat ein Steuervereinheitlichungsgesetz zugegangen, allerdings zuerst noch ohne Begründung, die aber vermutlich bald nachgeholt werden dürfte. Der Entwurf enthält ein Mantelgesetz, das aber nur den Zweck und den Tag des Inkrafttretens bestimmt, außerdem vier Einzelgesetze, das Grundsteuerrahmengesetz, das Gewerbesteuerrahmengesetz, das Gebäudesteuerentschuldungsgesetz und das Gesetz über die Vereinheitlichung des Verfahrens in Steuersachen und über die Anwendung der Reichssteuergesetze. Wie man sieht, handelt es sich im wesentlichen nur um Rahmengesetze, da ja vorläufig nur das Einziehungsverfahren und die Auslegungen vorzüglich in Betracht kommen.

Für die große Allgemeinheit ist das Gesetz über die Vereinheitlichung des Verfahrens das wichtigste. Werden dadurch doch alle Steuern des täglichen Lebens erfaßt, die Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer usw. Hier dürfte nun auch zuerst die Kritik einsetzen, da begreiflicherweise nicht alle in dieser Beziehung geäußerten Wünsche erfüllt werden konnten. Man darf aber bei der Beurteilung nie aus dem Auge verlieren, daß es sich um ein Gesetz handelt, das nur das Verfahren vereinheitlichen will und die bestehenden Steuergesetze unverändert läßt, also an der Höhe und Staffelung der Steuern nichts ändert. Da muß man zuerst schon zufrieden sein, wenn dem Objekte der Steuergesetzgebung, dem einzelnen Bürger, viel Arbeit und viel Ärger erspart wird. Dafür sorgt schon in gewisser Beziehung die geplante Einführung eines einheitlichen Steuerbescheides an Stelle der vielen Schriftstücke, die einem jetzt unaufhörlich ins Haus flattern. Wer im stillen nebenbei auf eine Steuersenkung gehofft hat, wird sehr enttäuscht sein. Allerdings wird durch die Vereinheitlichung und Vereinfachung viel Arbeit und damit viele Kosten erspart. Diesen Umstand hätte man vielleicht für die Steuerzahler nutzbar machen können. Aber bei dem immer weiter steigenden Steuerbedarf des Reiches und der Länder ist in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen, daß die Regierung von sich aus irgendwie an eine Milderung des allgemeinen Steuerdrucks herangeht.

Von verschiedenen Seiten wird in dem Gesetz eine Bestimmung vermißt, die eine allgemeine Steueramnestie für die vergangenen Jahre verkündet. Eine solche wird vielfach direkt als das Wesentliche einer solchen Reform bezeichnet. Soweit bekannt wird, ist die Stimmung der amtlichen Kreise einer solchen Generalamnestie nicht gerade günstig. Man weist dort darauf hin, daß ja schon die jetzigen Steuergesetze eine Amnestie zulassen und daß die Behörden bei nichtverschuldeten Verstößen gegen einzelne Bestimmungen, die durch die vielen Verordnungen entschuldbar sind, außerordentlich milde vorgehen. Hier kann man allerdings verschiedener Ansicht sein und es besonders bedauern, daß den Steuerbehörden in der Festsetzung oder dem Erlaß von Strafen so viel Freiheit gelassen ist. Hier würde eine Reform am Platze sein und der vorliegende Entwurf bietet dazu eine gewisse Handhabe. Aber wie gesagt, einer allgemeinen Amnestie, die auch die böswilligen Übertreter umfaßt, ist man in maßgebenden Kreisen absolut abhold. Es ist jedoch anzunehmen, daß das Steuervereinheitlichungsgesetz schon von selbst dazu führt, kleinen Übeltätern Gnade angedeihen zu lassen, will man doch unnütze Kosten ersparen. Die Frage der Steueramnestie an sich dürfte überhaupt im Rahmen des vorliegenden Gesetzentwurfes nicht zu lösen sein. Dazu ist eine große Steuerreform an Haupt und Gliedern notwendig, wozu allerdings der jetzige Entwurf hoffentlich der Schrittmacher ist.

Dr. Stresemann vor dem Reichskabinett.

Die außenpolitische Lage.

10 000 Mann Besatzungsverminderung.

Neue polnische Kampfzölle.

Das Reichskabinett ist am Dienstag unter dem Vorsitz des Vertreters des Reichskanzlers, Dr. Geßler, zu einer Sitzung zusammengetreten, in der der Reichsaußenminister Dr. Stresemann über den Stand der Außenpolitik berichtete. An der Sitzung nahmen außer Reichswehrminister Dr. Geßler nur noch die Reichsminister Dr. Stresemann, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, Reichsverkehrsminister Dr. Koch und Reichsernährungsminister Schiele teil, da die übrigen Reichsminister nicht in Berlin anwesend sind.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann teilte in seinem Referat mit, daß Briand den deutschen Botschafter in Paris bei einem Empfang benachrichtigt habe, daß die Besatzungstruppen um etwa 10 000 Mann vermindert werden würden. Es werden abberufen 8500 Franzosen, 900 Engländer und 600 Belgier. Im Kabinett wurden diese Mitteilungen lediglich zur Kenntnis genommen. Eine Stellungnahme zu den außenpolitischen Fragen wird im Reichskabinett erst Ende September herbeigeführt werden, wenn die Ergebnisse der Genfer Tagung vorliegen.

Als weiteren wichtigen Punkt behandelte Dr. Stresemann die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Polen hat nämlich beschlossen, vom 26. Dezember ab eine Verdoppelung der polnischen Zollsätze im Verkehr mit jenen Ländern vorzunehmen, die mit Polen keinen Handelsvertrag haben. Dieser Beschluß ist offensichtlich gegen Deutschland gerichtet, um auf die Haltung der deutschen Regierung bei den noch immer schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Polen einen Druck auszuüben. Der deutsche Geschäftsträger in Warschau hat die Regierung in Warschau darauf hingewiesen, daß die neuen polnischen Kampfzölle von Deutschland als eine Unfreundlichkeit angesehen werden, die die Vertragsverhandlungen zwischen den beiden Ländern nur erschweren könne.

Abreise der deutschen Delegation.

Deutsche Anträge in Genf.

Ein Teil der deutschen Delegation, mit Dr. Stresemann und Dr. von Schubert an der Spitze, ist am Dienstag abend nach Genf abgereist. Die parlamentarischen Delegierten werden sich erst Ende der Woche nach Genf begeben, da ihre Anwesenheit in Genf erst vom nächsten Montag ab notwendig wird.

Beim Generalsekretariat des Völkerbundes ist ein Schreiben der Reichsregierung mit verschiedenen Anträgen eingelaufen, die sich auf die Regelung der internationalen Handelsgerichtsbarkeit beziehen. Die Reichsregierung bittet, daß ihre verschiedenen Abänderungsanträge bei der Beratung dieser Frage in der bevorstehenden Völkerbundversammlung mit zur Beratung gestellt werden.

Unterredung Chamberlain-Briand.

Paris, 30. August. Der englische Minister des Aeußeren, Sir Austen Chamberlain, wurde heute nachmittag in Paris am Bahnhof vom französischen Minister des Aeußeren, Briand, persönlich empfangen, der ihn nach der englischen Botschaft begleitete, wo eine Besprechung beider Staatsmänner stattfand. Ueber die Unterredung wurde keinerlei Erklärung abgegeben. — Wie in den Abendstunden verlautet, wird sich Briand vielleicht entschließen, mit Chamberlain gemeinsam nach Genf zu reisen. Ueber die Stunde der für morgen erwarteten Abreise ist noch keine offizielle Mitteilung erfolgt. Nunmehr dementiert auch der Quai d'Orsay alle Gerüchte, die von einer neuerlichen Erkrankungen des französischen Ministers des Äußeren wissen wollen.

Der Kampf um die Franktireur-Enquete.

Brüssel, 30. August. Heute nachmittag trat das belgische Kabinett zu einer Sitzung zusammen, in der trotz Vandervelde Abwesenheit über die von ihm angeregte Untersuchung der Franktireur-Frage verhandelt wurde. Wie ein offizielles Kommunique mitteilt, gab Ministerpräsident Jaspar Kenntnis von den Dokumenten, die Vandervelde deutscherseits für die vorgeschlagene Enquete übermittelt worden sind. In der nächsten Kabinettssitzung, an der Vandervelde, der sofort nach Brüssel zurückkehren wird, teilnimmt, wird die heutige Aussprache fortgesetzt werden. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union erfährt, haben sich sowohl Ministerpräsident Jaspar als auch der führere Außenminister Hymand auf das stärkste gegen Vandervelde Enquete ausgesprochen. Hymans forderte, daß Vandervelde seine Vorschläge persönlich vertreten sollte. Vandervelde, der sich auf Urlaub in der Bretagne aufhält und vor der Genfer Völkerbundstagung nicht nach Brüssel zurückkommen wollte, ist telegraphisch nach Brüssel zurückgerufen worden. Die nächste Kabinettssitzung wird bereits am nächsten Freitag stattfinden. Trotz des offiziellen Leugnens ist nach wie vor als sicher anzusehen, daß die französische Regierung der belgischen Regierung mitgeteilt hat, daß eine Franktireur-Enquete inopportun sei. Der heutige Ministerrat hat die Herabsetzung der belgischen Rheinlandtruppen um tausend Mann gebilligt.

Ermordung eines deutschen Forschers.

Eine ganze Expedition umgebracht.

Eine Reisegesellschaft von drei oder vier Ausländern ist von Lamas in West-Szechwan ermordet worden. Vermutlich besteht diese Gesellschaft aus einem Engländer, einem Amerikaner und einem deutschen Gelehrten mit Namen Filchner. Von dieser Reisegesellschaft wurde seit ihrer Abreise nichts mehr gehört, und es wird befürchtet, daß es sich bei dem oben gemeldeten Verbrechen um die Mitglieder dieser Gesellschaft handelt.

Ferner haben Banditen einen Zug der chinesischen Ostbahn angegriffen und die Schutzsoldaten überwältigt, von denen verschiedene verwundet wurden. Der Zug wurde zum Entgleisen gebracht. Fünfzig chinesische Passagiere wurden gefangen weggeführt und die ausländischen Passagiere beraubt. Von diesen wurde jedoch niemand gefangengenommen oder verletzt.

Wilhelm Filchner gehört zu den bekanntesten Forschern überhaupt. Er ist 1877 in München geboren, bereiste

Der ermordete Forscher Filchner.

als Mitglied des Großen Generalstabes Rußland, den Balkan und Kleinasien. Im Jahre 1903 leitete er die deutsche China—Tibet-Expedition und von 1910 bis 1912 die antarktische Expedition. Von Roald Amundsen wurde er 1913 für dessen Nordpolexpedition verpflichtet, an der er wegen des Kriegsausbruches nicht teilnehmen konnte. In einer Reihe großer Werke, dem dreibändigen „Nord-Ost-Tibet" mit reichem Kartenmaterial, in dem Werke „Die Rätsel des Matschu" hat er die überreichen Ergebnisse seiner Forschungen niedergelegt.

Das Abrüstungsproblem.

Beratungen der Interparlamentarischen Friedensunion.

Auf der in Paris tagenden Konferenz der Interparlamentarischen Friedensunion kam das Abrüstungsproblem zur Sprache. Die Union vertrat hierbei durch den zuständigen Berichterstatter, den früheren dänischen Kriegsminister Dr. Munch, die Ansicht, daß die Lösung der Abrüstungsfrage beschleunigt werden müsse. Der die Abrüstung behandelnde Sonderausschuß hat einen Plan ausgearbeitet, nach dem durch ein allgemeines Abkommen die Vermehrung der gegenwärtigen Rüstungen untersagt werden soll. Die Herabsetzung der Rüstungen müsse stufenweise erfolgen, und zwar nur unter Berücksichtigung der besonderen Lage eines jeden Staates.

Von den Diskussionsrednern wandte sich der ungarische Delegierte de Berzeviczy gegen die in der Abrüstungsfrage bei den Siegerstaaten erkennbaren Tendenzen. Der deutsche Vertreter, der sozialistische Reichstagsabgeordnete Sollmann, wies auf die bisher vergeblichen Bemühungen hin, durch militärische Rüstungen den Nationen das Gefühl der Sicherheit zu geben; das Gefühl der Unsicherheit sei dadurch im Gegenteil viel größer geworden. Es ist, so sagte der Redner, unsere dringende Bitte an alle nationalen Gruppen der Interparlamentarischen Union, mit uns ihre Anstrengungen für die allgemeine Abrüstung zu verdoppeln. Die Gefahren, die den Frieden bedrohen, werden wachsen, wenn die Rüstungen anhalten. Wir haben das Vertrauen zur Interparlamentarischen Union, daß ihr Einfluß wachsen wird, je mehr wir uns gegenseitig verstehen werden. Mit allen Delegationen hofft die deutsche Gruppe eins zu sein in dem Willen: Ein Ende der Aufrüstung! Laßt uns die Abrüstung beginnen!

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF